

## **Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL)**

### **Fiktion Gemeinwohl - Wie tragfähig ist gesellschaftlicher Konsens in konfliktbehafteten Planungen und Projekten nachhaltiger Entwicklung?**

**Wissenschaftliches Kolloquium - 4. April 2014, Hannover**

#### V o r t r ä g e

#### **Welches und wessen Wohl ist das Gemeinwohl? Soziologische und soziale Aspekte**

Prof. Dr. Rotraut Weeber

*Weeber + Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung, Stuttgart/Berlin*

In meinem Beitrag werde ich einige Fragen über unser Verständnis, was Gemeinwohl ist und wie wir mit Gemeinwohlzielen in der Planungspraxis umgehen, diskutieren. Unter dem Titel: „Wessen Wohl ist das Gemeinwohl“ hat Klaus Offe im Jahr 2000 einen Vortrag bei der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft in Halle gehalten. Wortgewaltig, wie es seine Art ist, hat er aufgezeigt, dass es kaum möglich ist, über Gemeinwohl im Singular zu sprechen. Wer das tut, wolle Eindeutigkeit suggerieren, die keinen Dissens duldet. Dann könne man sich natürlich mit gebieterischer Geste über die Einrede bloßer Interessenten und partikularer Besitzstandswahrer erheben. Jede Deutung des Gemeinwohls müsse aber davon ausgehen, dass sie nur eine unter mehreren ist. Immer muss sie sich mit rivalisierenden Gemeinwohldeutungen auseinandersetzen, zumindest wenn es zu konkretem Handeln kommt.

Wir diskutieren das heute für die Stadtplanung und Planungsprozesse. Das Spannungsverhältnis bei der Herstellung von Konsens oder Akzeptanz, das allseits festzustellen ist, beruht meiner Meinung nach bei weitem nicht immer und nicht primär auf Widersprüchen von Individualinteressen und Gemeinwohl. Vielmehr kann auch ein nicht ausreichend kritischer Umgang mit den Gemeinwohlzielen selbst zum Hindernis der Verständigung werden. Das möchte ich an ein paar Beispielen veranschaulichen und erläutern.

## **Welches Wohl ist das Gemeinwohl?**

**Wenn die Integration der Ziele und die Abwägung der Belange zu wünschen übrig lassen**

Vor der Frage von Offe: Wessen Wohl? kommt die Frage, um welches Wohl es geht. Ein Beispiel dafür sind die hohen Anforderungen für die energetische Altbaumodernisierung, die sukzessive über mehrere Novellierungen sehr angehoben wurden. Geht es dabei um das ökologische Wohl, die CO<sub>2</sub>-Einsparung oder um das ökonomische Wohl, die Stärkung von Handwerk und Bauwirtschaft? Meine Frage als Soziologin und Sozialplanerin ist natürlich: Und wie sieht es mit dem sozialen Wohl bei diesem Thema aus? Die Leute mit wenig Geld wohnen überproportional in unsanierten und energetisch minderwertigen Altbauten. Sie sind am meisten betroffen, sie können aber die mit den umfangreichen energetischen Sanierungen verbundenen Erhöhungen der Wohnkosten am wenigsten tragen. Nur wenn die Sanierung kräftig quersubventioniert wird, ist das ohne soziale Härte möglich. Quersubventionieren können nur ein paar große Wohnungsgesellschaften; das bringt aber überhaupt keinen Masseneffekt bei der CO<sub>2</sub>-Einsparung oder der Wirtschaftsförderung. Die notwendigen flankierenden Hilfen für einkommensschwache Mieter sind ausgeblieben. Das Wohngeld wurde nicht angepasst. Schlimmer sind noch die fehlenden Anpassungen der Bewilligungssätze für die Übernahme der Kosten bei der Unterkunft bei den KDU-Empfängern, die soziale Grundsicherung beziehen. Es gibt auch keine einkommensbezogene Förderung bei Sanierungen.

Das ist nicht sozial. Es bewirkt auch eine selbstgemachte Wohnungsknappheit für einkommensschwache Mieter. In den betroffenen Stadtgebieten wächst der Zorn, überall brodelt es. In den Stadtteilen, in denen wir im Programm der Sozialen Stadt tätig sind, ist die Bevölkerung aufgebracht. Dazu trägt auch bei, dass die energetische Altbausanierung benutzt werden kann, um Mieter aus ihren Wohnungen "raus zu mobben". Ich finde, eine solche soziale Schieflage im Namen des Gemeinwohls geht gar nicht.

## **Das Wohl in der weiten Zukunft**

**Viel Stoff für Zweifler – und die Autoritäten sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren**

Bei dem großen Thema CO<sub>2</sub>-Einsparung, Klimaschutz spielt auch folgender Aspekt eine große Rolle: Wenn wir hier und heute Anstrengungen und Verzicht für ferne Gegenden und

eine ferne Zukunft leisten sollen, wird es schwierig. Für die Zukunft vernünftig vorzusorgen, mit dem Planeten pfleglich umzugehen - das ist ganz klar Gemeinwohl. Das ist auch weithin anerkannt. Auch das Baugesetzbuch spricht von dieser Aufgabe. Aber wenn es um die dafür erforderlichen erheblichen auf die Zukunft gerichteten Anstrengungen geht, ergibt das natürlich sehr viel Stoff für Zweifler. Es kommt nicht von ungefähr, dass bei der Vorstellung des Weltklimaberichts diese Woche die erste Frage der Journalistin war: Und wie viel Glauben schenken Sie dem Bericht? Ob der Aufwand gerechtfertigt war, das weiß letztlich nur die rückblickende Nachwelt. In der Gegenwart kann das kaum einer mit Sicherheit wissen. Was die Wissenschaftler für die Zukunft berechnen, müssen die Laien glauben. Für die Entzauberung moralischer oder wissenschaftlicher Autoritäten haben wir zurzeit leider genügend Beispiele.

Vertrauen ist soziales Kapital. In einer komplizierten arbeitsteiligen Gesellschaft ist man auf das Vertrauen zu den Experten und zur Wissenschaft angewiesen. Vertrauen beruht heute nicht mehr unbedingt auf Positionen; man muss es sich erarbeiten. Vielleicht sollten sich Bund und Länder deswegen auch wieder viel mehr unabhängige Wissenschaft leisten und nicht so stark auf von Regierung und Industrie finanzierte Forschung setzen. Welche Auswirkungen das auf das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit von Forschungsergebnissen hat, haben zum Beispiel die Amerikaner Naomi Oreskes und Erik M. Conway in dem Buch „Merchants of Doubt“ beeindruckend nachgewiesen. Die Autoren zeigen, wie durch Auftragsforschung von Interessenverbänden gegen die nachgewiesenen Gefahren des Tabakkonsums sehr erfolgreich Stimmung gemacht wurde. Ähnliches gab es auch zum Thema Klimawandel und Klimaschutz.

## **Das Besser-Wisser-Wohl**

### **Wenn Leitbilder zur Ideologie erstarren und eine lebensnahe Praxis verhindern**

Das Besser-Wisser-Wohl beschäftigt uns in der Planung ebenfalls häufig. Es betrifft uns – die Stadt- und Sozialplaner, die Bildungsbürger – ja oft uns selbst, wir meinen auch oft, es am besten zu wissen.

Wenn eigentlich vernünftige Leitbilder zur Ideologie erstarren, ergeben sich Missbrauchsgefahren bei den Auseinandersetzungen, was Gemeinwohl in der Stadtplanung bedeuten soll. Die tatsächlichen Verhaltensweisen und Bedarfe werden dann nicht mehr untersucht oder nicht mehr zur Kenntnis genommen. Die Eignung der Leitbilder für den konkreten Fall wird nicht ausreichend überprüft. Anpassungen an die Bedürfnisse bleiben aus.

Das kann man zurzeit sehr gut und nicht nur in Süddeutschland an dem Streit um das Leitbild der Innenentwicklung vor oder statt Außenentwicklung beobachten. In manchen Städten ist über den Ärger oder die Not von Wohnungssuchenden wegen der Wohnungsknappheit und Preisentwicklung beim Wohnen eine Art Glaubenskrieg ausgebrochen, bei dem sich die Innenentwickler und die Stadterweiterer heftige Kontroversen liefern. Egal wie überzeugend die Argumente für die Innenentwicklung vorgetragen werden - die Stadtplanung gerät doch massiv in die Kritik, weil aufgrund der streng gehandhabten Innenentwicklungsdevise und mangelnder anderer Vorsorge kaum Wohnungen auf den Markt gekommen sind.

Es gab immer wieder schöne Berechnungen, wie viel Potenzial es für die Innenentwicklung gibt. Aber, wie wir in vorherigen Vorträgen gehört haben: Dieses Potenzial ist sehr schwer erschließbar. Schon das Personal, um auch schwierige Flächen baureif zu machen, ist oft nicht vorhanden. Ich habe zur Zeit oft Gelegenheit, mit Leuten aus kleineren Gemeinden oder Ortschaften von Mittelstädten zu sprechen. Viele sagen: Das Potenzial ist doch längst ausgeschöpft. Da gibt es nichts mehr. Jeder Schuppen ist schon zum Wohnhaus gemacht usw. Die Politiker, aber auch die Bevölkerung in diesen Gemeinden möchte sich für den demografischen Wandel mit der Alterung der Bevölkerung gut aufstellen. Sie ärgern sich dann sehr, wenn wohnungssuchende junge Familien in die Nachbargemeinden ziehen müssen, weil sie vor Ort nichts finden und die Schulen oder Kindergärten freie Plätze haben, weil nur noch Innenentwicklung stattfinden soll.

Interessant finde ich auch die Entwicklung in Freiburg. Freiburg hatte ja das Glück, dass es lange Zeit mit großen Konversionsflächen operieren konnte. Nun sind die Reserven verbraucht. Der Bedarf hält an. Was machen sie? Ein Neubaugebiet am Stadtrand mit 5.000 Wohnungen. Aber für eine solche Kehrtwendung der Planungspolitik ist natürlich nichts und niemand vorbereitet. In solchen Fällen ist doch die Halbwertszeit der Innenentwicklungsdevise, für die von den verschiedensten Ebenen massiv geworben wird, sehr gering. Zugespitzt könnte man auch sagen, dass die zur Ideologie erstarrten Leitbilder der Innenentwicklung hier eine vorausschauende Daseinsvorsorge verhindert haben.

Solche Risiken und Nebenwirkungen von richtigen Bemühungen um nachhaltige Entwicklung sollten doch Mahnung sein, mit den Lehrmeinungen nicht zu sicher umzugehen. Notwendig ist auch eine frühzeitige und leistungsfähige Beobachtung der empirischen Sachverhalte und der Trends. Deswegen habe ich auf der Folie zur Illustration die Statistiken über die Altersstruktur der Wanderungsbilanzen eingefügt. In Wirklichkeit sind die Tatsachen anders, als es immer wieder erzählt wird. Oft wird behauptet, dass die älteren Menschen jetzt wieder in großer Zahl in die Städte ziehen. In den Städten mit großen Wanderungsgewinnen war das

bisher aber nicht so. Sie haben teilweise sogar bei dieser Altersgruppe negative Wanderungsbilanzen. Die Erfahrung aus dem eigenen Milieu trügt manchmal: Man kennt ältere Leute, die in die Stadt gezogen sind, übersieht aber diejenigen, die auch mit guten Gründen aus der Stadt weggezogen sind. Ich plädiere für mehr sorgfältige Empirie und Stadtbeobachtung, um mit dem Problem des Besser-Wisser-Wohls kritischer umzugehen.

### **Alles richtig – das Ganze falsch?**

### **Wenn viele kleine Wohltaten – z.B. für Sicherheit, Vorsorge, Artenschutz oder Transparenz – mit dem großen Wohl in Widerspruch geraten**

Mein vorletztes Beispiel zu den Schwierigkeiten bei der Definition von Gemeinwohl oder Gemeinwohlinhalten sind die vielen Regelungen, die vielen kleinen Wohltaten. Beispiele dafür sind die Vorschriften für mehr Sicherheit, Artenschutz oder Transparenz, die in der Summe mit einem vielleicht wichtigerem Gemeinwohl in Konflikt geraten. Zum Beispiel

- Rauchmelder
- Heizkostenverordnung, Pflicht zur verbrauchsabhängigen Abrechnung
- Kaltwasser-, Warmwasser-, Wärmezähler (Neues Meß- und Eichgesetz ab 2015)
- Legionellen-Prophylaxe
- Artenschutz
- Boom bei den Zertifizierungen
- .....

Folgen:

- Verteuerung des Bauen und Wohnens
- Bürokratiekosten
- Durch die Bevölkerung nicht mehr ernst genommene Regeln, weniger Compliance und Regeltreue

Nicht nur beim Bauen und Wohnen werden wir mit einem Wust von Vorschriften konfrontiert. Alles im Interesse des Gemeinwohls. Viele Vorschriften, die ich aufgeführt habe, sind mit empfindlichen Strafandrohungen verbunden. Man ist schon verblüfft, was da für dicke Keulen gegen den ungehorsamen oder auch nur uninformierten Bürger geschwungen werden, wenn er das Warmwasser nicht vorschriftsgemäß abrechnet oder den Rauchmelder nicht einbaut. Vielleicht war es ihm auch nur zu viel zu lesen: Die Heizkostenverordnung hat sieben kleingedruckte Seiten. Alle diese Vorschriften sind mit merklichen Kosten verbunden, die bei den Betriebskosten zu Buche schlagen. Das Bauen und Wohnen wird kräftig verteuert, das ist aus meiner Sicht nicht im Sinne des Gemeinwohls.

Bei solchen Regelungen stellt sich manchmal auch die Frage, in welchem Verhältnis dieser Aufwand zum Risiko steht. Die Psychologen haben ziemlich gut belegt, dass wir dazu neigen,

geringe Eintrittswahrscheinlichkeiten von Risiken entweder ganz zu übersehen oder hoffnungslos zu überschätzen und überzubewerten. Solche Regelungen werden dann mit Verweis auf den Artenschutz oder die Sicherheit als nicht verhandelbar ausgegeben. Das sind doch sehr fragwürdige Immunisierungsstrategien gegen die Abwägung mit anderen Belangen oder gegen Kritik.

Absurd wird das Missverhältnis von Aufwand und Nutzen manchmal, wenn Maximalpositionen für die Durchführung vertreten werden. Wir in Stuttgart haben die Spaßnummer mit dem Juchtenkäfer, der noch nie gesehen wurde, der aber in einigen zur Fällung vorgesehenen Bäumen hockt oder hocken soll. Bei den Akteuren gibt es dann Dickköpfe auf beiden Seiten. Die einen, die die Belange des Artenschutzes einfach nicht ordentlich abwägen wollen, die anderen, die Maximalforderungen zur Schonung des Juchtenkäfers verwirklicht sehen wollen. Vielleicht instrumentalisieren sie auch den Artenschutz und bringen damit aber das Volk auch gegen den Artenschutz insgesamt auf.

Der größte Schaden durch diese überbordenden Regelungen - alle zum Gemeinwohl - ist möglicherweise das Risiko, dass die Regelungen nicht mehr ernst genommen werden. Die notwendige Compliance, das kooperative Verhalten der Bürger, den Normen zu entsprechen, geht verloren.

### **Daseinsvorsorge: konkretes geeignetes Handeln oder Gemeinwohrrhetorik?**

Ich komme damit zum letzten Aspekt, den ich zu dem teilweise unkritischen Umgang mit dem Gemeinwohl oder mit der Daseinsvorsorge thematisieren will. Die Frage ist nämlich, ob das Reden oder Begründen von Vorhaben mit Daseinsvorsorge wirklich konkretes, geeignetes Handeln ist oder ob es nur eine Art Gemeinwohrrhetorik ist oder symbolische Politik.

Mit atemberaubender Geschwindigkeit verändern sich unsere europäischen Gesellschaften. Die Themen sind in aller Munde. Wichtige habe ich hier aufgezählt:

- **demografischer** Wandel, starke Zunahme alter Menschen
- **‘Ver-Singelung‘**: Veränderungen der Familie, der Lebensformen, der Geschlechterrollen, Individualisierung
- **multikulturelle** Bevölkerung, die starke Zunahme der Zuwanderung aus dem Ausland, Integrationsbedarf

hohe **Mobilität**, räumlich und sozial (mehr berufliche und wirtschaftliche Unsicherheit). Und das alles steht unter den Rahmenbedingungen einer große Verschuldung der öffentlichen

Hände und eher geringer Nettoeinkommenszuwächse bei den unteren sozialen Schichten der Bevölkerung. Die Probleme lassen sich deswegen weniger mit Geld lösen.

Im Hinblick auf den gesellschaftlichen und demografischen Wandel sind die ernstzunehmenden Konzepte aus der sozialen Fachwelt sehr ähnlich - in ganz Europa. Es sollen nämlich die Stadtteile als Sozialräume und Gemeinwesen gestärkt werden mit dem Ziel: Man kennt sich, man interessiert sich und man kümmert sich umeinander. Im englischen Sprachraum sprechen wir von der Caring-Community. Ähnliches wird mit dem eher defensiven Stichwort Resilienz - anpassungs- und widerstandsfähige Stadtstrukturen - diskutiert. Informelle Netzwerke, Eigeninitiative der Leute, die die Menschen im Stadtteil einbinden, bilden das unverzichtbare soziale Kapital für die Zukunft.

Bei den Angeboten und Diensten zielt die Diskussion in der Fachwelt auf mehr Koproduktion zwischen Stadt, Wirtschaft, Professionellen und bürgerschaftlichem Engagement. Es wird nicht erwartet, dass die öffentliche Hand und bezahlte Dienstleistungen die vielen sozialen und anderen gemeinwohlorientierten Aufgaben abdecken können. Sondern man geht davon aus, dass sich die Menschen wieder selber mehr umeinander kümmern müssen und das auch tun, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Die Untersuchungen zum Engagement der Bevölkerung zeigen: Ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung (71 %) gehören zu den 'Freiwillig Engagierten' oder 'öffentlich Aktiven', nur 20 % sind nicht öffentlich aktiv. Das sind hohe Werte und die Tendenz, sich zu beteiligen, fällt nicht, sondern steigt geringfügig an. Eigentlich haben wir also eine ganz gute Basis für die beschriebenen Leitbilder.

### **Stärkung der Stadtteile als Gemeinwesen und der Infrastrukturen dafür**

Was ich mit Stärkung der Stadtteile meine, habe ich am Beispiel dieses 93-Jährigen sichtbar gemacht. Er lebt in seinem hohen Alter noch alleine in seiner Wohnung. Durch die Menschen und die Infrastruktur im Stadtteil ist er so eingebunden und unterstützt, dass das auch geht.

Wenn die Strukturen und die Infrastruktur entsprechend entwickelt sind, kann auf Stadtteilebene ganzheitlich und auch wirtschaftlich darstellbar für sehr viel Notwendiges gesorgt werden. Das reicht von der so wichtigen informellen Kommunikation im Alltagsleben bis zur Sozialstation, die sieben Tage die Woche und 24 Stunden am Tag erreichbar ist. Es geht um gute Stadtteilstrukturen nicht nur für die Alterung der Gesellschaft und die Zunahme demenzieller Erkrankungen oder von Alleinerziehenden, sondern übergreifend für viele soziale Handlungsfelder im gesellschaftlichen und sozialen Wandel, von der Kinderfreundlichkeit bis zum Spracherwerb und der Einbindung von Ausländern.

Aber das alles funktioniert nur, wenn die städtebaulichen Rahmenbedingungen, die Wohnungsentwicklung und Versorgungsinfrastruktur konsequent auf die Stärkung des Alltagslebens im Stadtteil ausgerichtet sind. Die Stadtteile dürfen nicht weiter zu Schlafstätten verkommen. Aber zurzeit – das muss man klar sehen – bluten die Stadtteile vielerorts weiterhin stark aus. Mit der mittlerweile häufig nicht mehr vorhandenen Nahversorgung geht bekanntlich mehr verloren als nur Einkaufsmöglichkeiten. Man kann zum Beispiel auch über die weiterführenden Schulen sprechen, die zunehmend an ganz zentralen Standorten konzentriert werden und damit aus den Stadtteilen rausgenommen werden. Jugendliche sind nicht mehr in den Stadtteilen anzutreffen. Man trifft sie in großen Trauben an den Bushaltestellen, von denen sie dann in die Schulen fahren. Es hat aber enorme Konsequenzen, wenn Jugendliche sich nicht mehr im Stadtteil aufhalten. Auch die bisherigen Strukturen der Jugendarbeit, die auf die Stadtteile ausgerichtet sind, werden obsolet. Die gute entwickelten Strukturen der Zusammenarbeit in den Stadtteilen - runde Tische von Polizei, Sozialarbeit, Schule, Kirche, Vereinen - funktionieren in diesem Themenfeld nicht mehr. Wenn dann die Saufgelage oder der Vandalismus von Jugendlichen nun irgendwo in der Stadt stattfinden, sind das unbekannte junge Leute und nicht mehr die eigenen Kinder, die da über die Stränge schlagen. Zur Zeit werden viele schöne Projekte mit dem Motto 'Jung und Alt zusammen' . propagiert. Aber das gleicht ziemlich stark einer Beschwörungsformel.

Man könnte die Beispiele über den Funktionsverlust von Stadtteilen noch weiter ausführen. Es ist sehr zu fragen, ob die Stadtplanung bei der Daseinsvorsorge wirklich die wichtigen Aufgaben konsequent genug auf der Agenda hat, ob wir es mit der Daseinsvorsorge in der Stadtplanung wirklich ernst meinen.

### **Schlussfolgerungen**

Ich komme damit zu den Schlussfolgerungen, wegen der Zeit mit drei Thesen nur kurz gestreift. Die damit verbundenen Themen standen heute auch nicht im Mittelpunkt.

#### *Abwägung von Belangen*

Erstens, wie bereits bei meinem ersten Beispiel herausgestellt: Die Abwägung der Belange ist eine Uraufgabe der Stadtplanung. Man muss aber doch allzu oft fragen, ob das wirklich ausreichend stattfindet - trotz aller Bemühungen um integriertes Vorgehen.

#### *Konkrete Interessengegensätze ausgleichen – Es geht doch!*

Zweitens: Bei begründeten Gegensätzen sind Nachteile auszugleichen. Im besten Fall muss man sich um win-win-Situationen als Ergebnis zumindest bemühen. Zu dem Thema

Nachverdichtung haben wir heute viele problematische Beispiele gehört. Es gibt aber auch sehr viele gelungene. Man sollte doch mal darauf achten, unter welchen Umständen sie gelingen. Das ist zwar kein todsicherer Ansatz, um sehr einseitiger Interessenwahrnehmung zu begegnen. Ich zeige hier ein Beispiel von der Stadtbau Würzburg. In der Brunostraße, einer Wohnsiedlung der 50er Jahre, wurden mehrere Gebäude - sechs Blocks - abgerissen. Die Stadtbau hat den Abriss und den Neubau konsequent als positive Ergänzung für das Bestehende entwickelt, aus den Bedürfnissen dieses Stadtteils. 100 Neubauwohnungen kamen dazu. Sie sind alle barrierefrei zumindest barrierearm, sie wurden ganz gezielt für den Bedarf der Leute aus der Umgebung realisiert. Das wurde auch kommuniziert: Diejenigen, die auf eine komfortable altersgerechte Wohnung angewiesen sind, können nun in eine solche Wohnung umziehen. Zur Akzeptanz hat auch beigetragen, dass ein Block im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus realisiert wurde, bei allen damaligen Schwierigkeiten, das zu tun. Krasse soziale Brüche zwischen dem schicken Neubau und den alten Gebäuden drum herum wurden vermieden. Das Projekt wurde sehr engagiert mit den Leuten aus dem Stadtteil kommuniziert. Es ist sympathisch, wenn man sieht, wie gerne sich die Menschen beteiligen, wenn sie die Gelegenheit haben, eine Stadtbau zu beraten, wie das Projekt gut gelingen kann.

Ich habe die Überschrift - es geht doch - hinzugefügt, weil man sich von den vielen unerfreulichen Beispielen nicht verdrießen lassen sollte, diesen Nachteilsausgleich ernst zu nehmen.

### *In die Kultur des Dialogs investieren*

Drittens: Meine letzte Folie bestätigt vieles, was heute zu diesem Aspekt gesagt wurde. Ich würde gerne aus meiner vielseitigen Praxis der Bürgerbeteiligung noch einige Aspekte ansprechen. Statt am Wert der Bürgerbeteiligung zu zweifeln, sollten wir in die Kultur und Qualität des Dialogs investieren. Die Stadtplanung ist darauf angewiesen: im Widerstreit der Meinungen und Interessen, aber auch angesichts der Gewalt, mit der sich das Recht des wirtschaftlich Stärkeren in der Stadtplanung durchsetzt. Oder es setzen sich die Rechthabenden durch, auch wenn vieles nicht gut ist, was dabei herauskommt. Die Interpretationen, was Gemeinwohl sein soll, müssen sehr sorgfältig mit vielen Beteiligten auch aus der Bevölkerung, nicht über ihre Köpfe hinweg von ein paar Experten erarbeitet werden. Darum bemüht man sich heutzutage auch sehr.

Die Beteiligung sollte allerdings nicht immer nur im Wunschmodus stattfinden, wie das zurzeit sehr stark der Fall ist. Was hätten die Bürger alles gerne? Vielmehr sollten auch die

Konflikte sofort ernsthaft mitdiskutiert werden. Außerdem gilt es solche Formen der Bürgerbeteiligung mehr zu praktizieren, bei denen auch Leute teilnehmen, die zu den üblichen bildungsbürgerlichen Versammlungen keine Affinität haben und in diesen Kommunikationsformen wenig geübt sind.

Wir haben zurzeit eine Renaissance der Bürgerbeteiligung mit zwei sehr gegensätzlichen Erwartungen im Vordergrund. Das eine ist das Zusammentragen von Wunschlisten durch die Bevölkerung. Das ist letzten Endes unergiebig. Auf der anderen Seite stehen die etwas naiven Erwartungen der direkten Mitbestimmung von Bürgergruppen. Aber der Gemeinderat entscheidet nun mal, nur er ist dafür auch gewählt.

In der internationalen Debatte zur Bürgerbeteiligung oder zur guten Governance ist man da etwas weiter. Hier beschäftigt man sich intensiver mit der Frage, wie das Zusammenspiel von Bürgerbeteiligung, Verwaltung, Experten, Stakeholdern und politischer Repräsentation am besten gelingen kann. Man nimmt viel genauer das ganze Feld der Mitwirkenden miteinander ins Blickfeld. Es würde auch bei uns weiterhelfen, wenn man nicht immer nur die Bürgerbeteiligung alleine, sondern auch die Verhandlungen mit den Stakeholdern oder den vielen Experten, die ja doch einen riesigen Einfluss haben, miteinander betrachtet.

Gute Stadtplanung braucht ein interessiertes, kluges Volk. Dafür muss man auch investieren und Plattformen entwickeln, die Lust machen, bei denen die Leute gerne mitmachen. Ich habe mir Mühe gegeben, dazu schöne Bilder von unterschiedlichen Beteiligungsformen zusammenzustellen. Als zum Beispiel der Scharnhäuser Park in Ostfildern vor über 10 Jahren entwickelt wurde, haben wir viele interessante Stadtpaziergänge zusammen mit Experten organisiert. Die Angebote werden auch vom normalen Volk sehr gerne angenommen. Man kann die Fachleute direkt ansprechen, vor Ort gucken, um was es geht und seine Meinung sagen. Wenn es einem nicht mehr gefällt, kann man nach Hause gehen. Dabei ist man nicht so eingesperrt wie bei den überlangen Frontalveranstaltungen, die immer noch zahlreich angeboten werden. Bei den Frontalveranstaltungen im Saal bekommen auch die Schreier eine gute Plattform geboten. Für die anderen, die sich in Ruhe ein Bild machen und das Für und Wider bedenken möchten, sind solche Abende eher unangenehm.

Gute Stadtplanung braucht auch einen klugen und weitsichtigen Gemeinderat. Der muss es schaffen, dass bei Widerständen aller Art wirklich sachlich und gut abgewogen entschieden wird. Der Gemeinderat muss sich das auch trauen, wenn gerade eine Wahl ansteht. Auch hier ist meines Erachtens mehr in die Kommunikation und Wertschätzung zu investieren. Es kann nicht sein, dass die Politik ein schlechtes Ansehen hat. Am Ende hängt von ihren Entscheidungen alles ab. Man muss auch für die Nachwuchsförderung sorgen, damit gute

Leute in die Gemeinderäte kommen. Auch dafür ist die Bürgerbeteiligung ein wichtiges Handlungsfeld.